

Russische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag: Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600—3667, für den Fernverkehr: Amt Dönhofs 3667—3698, Telegrafische Adresse: Ullsteinhaus, Berlin, Postfach-Konto: Berlin 660, Wöchentlich 1 Mark, Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 72 Pfennig Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig, Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig, Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-25

10 Pf. [Ankündg.] Nr 518

DIENSTAG, 3. NOVEMBER 1931

MORGEN-AUSGABE

Pariser Heimkehr-Jubel

Lavals triumphaler Einzug in die Hauptstadt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 2. NOVEMBER

Im Triumph als Ministerpräsident Laval nach Paris zurückgekehrt. Eine unübersehbar Menschenmenge hielt schon lange vor Anfuhr des Staatsanwalts-Schwelms in Paris den Bahnhof St. Lazare besetzt. Die einlaufenden Portierzüge spürten immer neue Wellen aus, die alle auf den Bahnhof hinstießen. In der Hoffnung, Laval sehen zu können, auf dem Anfuhrschiff selbst hatte sich das gesamte Rabinet mit den beiden „Glatthalters“ Kanals, Carzieu und Ward, an der Spitze eingefunden. Nur Verlan fehlte, der sich noch zur Erholung auf seinem Landgut aufhielt. Das Diplomatische Korps war vollständig erschienen, ebenso auch diesmal die Delegation aus Lavals Bürgermeisterei Aubervilliers mit der Stadtapelle.

Als der Gondezug eintraf und Laval gerade den Fuß auf den Bahnsteig setzen wollte, machte die Menge das ganze Empfangsprogramm zunichte. Die politischen Abfertigungen wurden im Nu durchbrochen. Nur mit Mühe konnte sich Laval durch die quirlende Menge hindurchdrängen, und um ihn vor dem Zustrom der Massen auch nur einigermaßen zu schützen, war die Polizei genötigt, auch die Minister und alle offiziellen Persönlichkeiten umfaßt abzupeilen. Bergeweise luden die Fotografen Lavals Bild zu erhaschen. Bergleich rief die Delegation von Aubervilliers nach ihrem „père“. Zur Stadtapelle überläute und erschütterte das Getöse mit der Worstapelle.

Ministerpräsident Laval, der in der Unordnung des Pariser Empfangs noch nicht einmal seine Minister begrüssen, geschweige denn eine Erklärung an die Presse abgeben konnte, hat heute früh in Le Saure, kurz nach der Anfuhr des Schiffes, einen „Gruß an das französische Volk“ erlassen. Er sei sehr glücklich über die Ergebnisse seiner Reise und hoffe, daß sie fruchtbare Folgen für den Frieden und das Glück der Welt bringen werde. Der Bürgermeister von Le Saure, der radikale Abgeordnete Léon Meyer, berichtete dem Ministerpräsidenten in seiner Begrüßungsansprache, daß die öffentliche Meinung in Frankreich die Liebeszeugung habe, französische Interessen seien in Washington wohl gewahrt worden. Allerdings seien die amtlichen Berichten über die Verhandlungsergebnisse in Washington „unvollständig und unklar“ gewesen, als daß man sich über ihre Tragweite wirklich volle Bescheid wissen könne.

Trotz der zündigen Kritik der Journalisten auf der Reise von Le Saure nach Paris hat sich Laval doch zu einigen Äußerungen bequemt:

„Sie haben wohl drastisches vom Schiff aus an Reichsanstaltler Zeitung nach Berlin telegraphiert?“

„Nein, noch nicht, lassen Sie mich erst nach Paris kommen.“

„Was sagen Sie zu dem Projekt Francoqui?“

„Das lenne ich noch nicht genau, im übrigen geböt das zum Arbeitsvertrag mit dem „Bisler“ gewesen, als daß man sich über ihre Tragweite wirklich volle Bescheid wissen könne.“

„Kommt Hoover nach Paris?“

„Nicht die Rede davon.“

„Aber Dorch kommt?“

„Er hat es versprochen, und es wäre wirklich wünschenswert, wenn er es täte.“

„Sie wollen eine internationale Konferenz im Dezember einberufen?“

„Ja, das ist möglich, aber ich kann noch nichts Bestimmtes darüber sagen.“

Die Radio-Agentur bestätigt in einer Meldung ihres Sonderberichterstatters an Bord der „Le de France“, daß Laval eine „definitive Erklärung“ der Reichsregierung über das Young-Memorandum erbitte und daraufhin eine internationale Konferenz für Anfang Dezember nach Warschau einberufen werden, die die Restitutions der Zahlungsfähigkeit Deutschlands und die Revision des Young-Plans noch vor Eröffnung der Abrüstungskonferenz und vor Ablauf der deutschen Kurztredite erledigen könnte.

Kurz nach seiner Anfuhr hat Laval dem Präsidenten über seine Verhandlungen mit Hoover Bericht erstattet. Der Besuch des deutschen Botschafters v. Sövelg morgen nachmittag wird, wie der Ministerpräsident selbst noch auf dem Schiff erklärt hat, in Anwesenheit des Außenministers Briand stattfinden. Laval betonte ausdrücklich, daß er morgen vormittag noch den Ministerstab über seine Verhandlungen ins Bild setzen müsse.

Washington meldet sich an

WASHINGTON, 2. NOVEMBER

Der Meldung des „Petit Parisien“ vom Dampfer „Zele de France“, daß im Dezember in Warschau eine Konferenz aller wichtigeren an der internationalen Schuldenfrage interessierten Regierungen stattfinden werde, wird hier für durchaus wahrscheinlich gehalten. In amtlichen Kreisen betonte man, daß Laval mit Hoover diese Fragen eingehend besprochen und daß man sich dahin geeinigt habe, im Interesse der Erreichung wirklich brauchbarer Resultate den nächsten Schritt zum Entzug kommen zu lassen. Es nur auf diesem Wege den amerikanischen Steuerzahlern der Vorbehalt größerer Opfer unterbreitet werden könne.

Dieser Vorbehalt wurde kürzlich hier bereits in privaten Besprechungen zwischen der Regierung und Parlamentariern vorbereitet, und es ist bekannt, daß Finanzminister Mellon nebst anderen Regierungsmitgliedern die Ansicht vertritt, daß eine Einigung am Einmaligen auf Konte der ältesten Kriegsschulden mehr denn wünschenswert würde durch Verlegung des Welthandels, die einer allgemeinen Deregulierung der internationalen Regierungsschulden folgen dürfte.

Es sei daher nicht ausgeschlossen, daß die amerikanische Regierung in irgendeiner Form auf der Briarcliff Konferenz vertreten sein werde, obwohl zur Zeit nichts darüber entschieden sei. Zunächst müßte das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Paris und Berlin sowie, falls irgend möglich, die Restitutions des Memorandums durch den hiesigen Kongreß abgewartet werden. Die Aussicht auf völligen Bericht auf Reparaturfragen einseitig des sogenannten unaufrichtbaren Treiben beurteilt man hier aus psychologischen und sachlichen Gründen ziemlich skeptisch.

Tokio verhandelt nicht

TOKIO, 2. NOVEMBER. (Reuter)

Die japanische Regierung erklärt, daß es ihr unmöglich sei, den chinesischen Vorschlag zum unmittelbaren Verhandlungen auf Grund der Entschlossenheit des Bundesrats vom 24. Oktober anzunehmen.

China besteht auf Rückzug

GENF, 2. NOVEMBER

Die chinesische Regierung antwortete auf die japanischen fünf Grundprinzipien vom 20. Oktober wie heute hier veröffentlicht. Die Japaner selbst, heißt es darin, hätten durch ihre Forderung die Forderung hergestellt, über die sie sich nicht besorgen. Eine militärische Forderung werde nicht niemals von einer Besetzung als friedliche Mittel angesehen. China erklärt sich, wie die chinesische Regierung von Anfang an in dem Bestehen, zur Annahme jeder Garantie für Sicherheit von

Leben und Eigentum der Japaner in der Mandchurei bereit. Weiter sagt die Note, daß es für die auch von China anerkannte Befreiung der Beziehungen zwischen beiden Ländern kein geeigneteres Mittel als die Einleitung einer französischen Kommission gebe, jedoch erst nachdem die Truppen zurückgezogen seien, die sich im Gegensatz zum Artikel 10 des Bülletins des Artikels 2 des Kellogg-Vortes und Artikel 2 des Pacific-Vortes in der Mandchurei außerhalb der Eigenbahngasse befinden.

Die Doppelregierung bleibt

NANKING, 2. NOVEMBER

Die Einigungsverhandlungen der Abgeordneten beider chinesischer Regierungen in Schanghai sind gescheitert. Abgeschlossenheit erklärte, die Beschlüsse der Reanimator-Regierung seien für die Nationalregierung in Nanking unannehmbar, denn sie widersprächen den Grundgesetzen der Kuomintang-Partei.

Wer trägt die Last der Krise?

Von MARIO PASSARGE, Berichterstatter der Vossischen Zeitung

ROM, ENDE OKTOBER

Während der Feiertage in Rom, mit denen das letzte Jahr der reichlichen Aera von eben demselben Jahre eingeleitet wurde, von dem aus vor neun Jahren das Signal zum März auf Rom klang, hat Mussolini für die italienische Innenpolitik die folgenden Leitgedanken aufgestellt:

„Auf das Gesamtziel abgesehen. Wenn es noch Trennungswände geben sollte, die diese direkte Besetzung unseres Regimes mit

Umzugsverbot für ganz Preußen

Der Preussische Minister des Innern hat die Umzüge und Demonstrationen unter freiem Himmel für ganz Preußen von heute ab bis auf weiteres verboten.

dem Volke unterbreiten wollten, Trennungswände gebildet von Gruppen-Interessen oder von Einzelinteressen, so werden mit diese Wände im Interesse der Nation zertrümmert.“

Das Wort „zertrümmern“ sprach der Duce mit der charakteristisch geräuschhaften Art seiner Fingerbewegung Silbe für Silbe aus und an dieser Stelle ließ er nach der Beifall der Menge eine ordentliche Gewalt an. Mussolini hatte wieder einmal aus der Masse, die ihm zuhörte, das Wort zugezogen erhalten, auf das sie alle warteten.

Aus einer Rede des Korporationsministers Bottai in Bologna erklärt man, zu welchen Bedeutungen diese Rundreise geführt hat, deren extreme Deutungen, denen man wieder scheinbar gelassen werden muß. Seit jener Rede von Rom, so äußerte sich Bottai, „hört man, dass Ende des Kapitalismus sei gekommen und daß die korporative Wirtschaft nunmehr neue Wege zu gehen habe, die irgendeine zum Staatssozialismus oder zum russischen Bolschewismus führen.“

Eine bestimmte Auslegung des Mussolini-Wortes wird nun als höchst oder verwerflich abgelehnt. Wenn der Geist man selbst, daß irgend etwas im wirtschaftlichen Absterben in Unerblichkeit erstarbt ist, so ist er doch noch weit davon entfernt, unter die Funktion des Kapitals, des Eigentums und der Arbeitnahme das Wort Ende zu setzen. Kapital und Eigentum bleiben ihm immer noch die zwei wichtigsten Bestandteile seines wirtschaftlichen Systems. Wohl aber glaubt man, daß es zu einer Verfestigung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit und zu einer Verstärkung ihrer Funktionen kommen müsse.

Von großem Interesse für die allgemeine wirtschaftliche Lage Italiens und besonders jener Schattenszenen, die zur Heupeler Rundreise geführt haben müssen, erregt eine längere Betrachtung des ehemaligen Finanzministers Alberto Celant, die ungenügend gleichseitig im „Corriere della Sera“ abgedruckt wurde. Der Verfasser hat davon aus, daß die Enttarnung der großen „Mittler“-gesellschaften zu einer kaum mehr erträglichen Belastung der Staatswirtschaft geführt habe. Der Bürger, als Verbraucher und Steuerzahler, unterhalte diese Gesellschaften durch die verschiedensten Arten von Erträgen, während er in der Berufswirtschaft den Verbrauch an produktivem Wirtschaftswert mittragen habe. Auf diese Weise werde auf diese Weise oft zu einer Initiative, die sich nicht über ihre Arbeit oder ihren Dienst, sondern ihre eigene Existenz bezahle lasse. „Die Nation“, so definiert es der Celant, „wird zu einem Aktionär, a fonds perdu, indem diesem keine Möglichkeit der Kontrolle gegeben ist.“

Die Ökonomie der Berufswirtschaft liege überdies, wenn diese Berufswirtschaft den Verbrauch an produktivem und außerordentliche Zwangsunterstützungen erbehe. Die Selbstständigkeit, so lieft man weiter, „mit der der Verbraucher diese Gesellschaften über, als Aktienkapital verfügen, die Banken es für ihre eigenen Zwecke manipulieren, beneidete die Notwendigkeit, die diese Organismen unterhaltenden Nation das Recht auf irgendeine Garantie dafür einzuräumen, daß die dort ihr gebrauchten Opfer auch richtig angewendet wer-